

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

1999



2004

---

*Sitzungsdokument*

8. März 2001

B5-0177/2001

## **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

eingereicht im Anschluss an die Erklärungen des Rates und der Kommission  
gemäß Artikel 37 Absatz 2 der Geschäftsordnung

von den Abgeordneten Ilkka Suominen, Karl von Wogau, Giles Bryan  
Chichester, Bartho Pronk, Georg Jarzembowski und Gunilla Carlsson

im Namen der PPE-DE-Fraktion

zu den Vorbereitungen für den Europäischen Rat am 23./24. März 2001 in  
Stockholm

**Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Vorbereitungen für den Europäischen Rat am 23./24. März 2001 in Stockholm**

*Das Europäische Parlament,*

- unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 23./24. März 2000 in Lissabon, wonach es das neue strategische Ziel der Europäischen Union ist, „ *die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen*“,
- unter Hinweis auf die nachfolgenden Legislativvorschläge und die verschiedenen von der Kommission und dem Rat dem Europäischen Rat übermittelten Dokumente und insbesondere auf das Synthesedokument der Kommission über die Verwirklichung des Potenzials der Europäischen Union: Konsolidierung und Ausweitung der Lissaboner Strategie,
- A. in der Erwägung, dass die Leitlinien des Europäischen Rates von Lissabon sich auf die Stärkung der sozialen Marktwirtschaft gründen,
- B. in der Erwägung, dass der Europäische Rat von Stockholm das erste der jährlichen Treffen sein wird, die eine globale Kohärenz und wirksame Überwachung der Fortschritte auf dem Weg zum strategischen Ziel gewährleisten sollen, und daher während dieses 10-jährigen Vorgangs wichtige Vorgaben festlegen wird,

ALLGEMEINE PRÜFUNG DER IN LISSABON VEREINBARTEN STRATEGIE UND ZIELE

1. empfiehlt dem Europäischen Rat das Synthesedokument der Kommission und unterstützt die politische Botschaft der Kommission, dass die Mitgliedstaaten die Kluft zwischen den in Lissabon eingegangenen Verpflichtungen und ihrer praktischen Umsetzung überbrücken müssen;
2. erwartet daher vom Europäischen Rat, dass er in Stockholm eine selbstkritische Haltung einnehmen wird;
3. fordert den Europäischen Rat auf, auf der Grundlage seiner Bewertung die Herbeiführung greifbarer Ergebnisse bei der weiteren Liberalisierung und einem verbesserten Unternehmensklima, mehr und besseren Arbeitsplätzen, verbesserter Bildung und Weiterbildung und stärkerem sozialen Zusammenhalt anzustreben;
4. warnt davor, zu viele Ziele vorzugeben, was nicht nur zu Widersprüchen führen oder nachteilige Auswirkungen haben kann, sondern auch den Manövrierraum der Mitgliedstaaten bei der Verwirklichung des strategischen Ziels einschränken kann;
5. ist der Auffassung, dass statistische Indikatoren und Benchmarking nützliche Instrumente

bei den Bemühungen um ein dynamischeres Europa sein können, weist jedoch warnend darauf hin, dass die statistische Belastung der Unternehmen verringert werden muss;

### WIRTSCHAFTSREFORM

6. weist auf die Bedeutung des Stabilitäts- und Wachstumspakts bei der Förderung des nachhaltigen Wachstums, einer niedrigen Inflation und gesunder öffentlicher Finanzen in allen Mitgliedstaaten hin; eine Reform lässt sich leichter verwirklichen, wenn es den Volkswirtschaften gut geht;
7. fordert den Europäischen Rat auf, dem Schlußbericht des Ausschusses der Weisen über eine europäische Wertpapierregelung unter dem Vorsitz von Alexander Lamfalussy, zu dem es eine spezielle Entschließung annehmen wird, besondere Aufmerksamkeit zu schenken;
8. fordert den Europäischen Rat auf, die im Rat anhängigen Binnenmarktdossiers zur Eilsache zu machen; der Europäische Rat sollte den Ministerrat anweisen, unverzüglich eine gemeinsame Haltung zur schrittweisen und erreichbaren Liberalisierung der Postdienste und auch eine Frist für die Vollendung des Binnenmarkts für Elektrizität und Gas festzulegen;
9. betont, dass alle Barrieren für Unternehmenstätigkeit im Binnenmarkt beseitigt werden müssen; die Unternehmen müssen gefördert und dürfen nicht durch Überregulierung, Überbesteuerung und einen Gesetzeswildwuchs behindert werden; erinnert den Europäischen Rat vor dem Hintergrund im Zwischenbericht der Kommission über den Abbau der Regelungskosten (über eine Bewertung der Auswirkungen auf die Unternehmen usw.) an die in der Europäischen Charta für mittelständische Unternehmen enthaltenen Verpflichtungen, die er im Juni 2000 angenommen hat;

### MODERNISIERUNG DER ARBEITSMÄRKTE

10. ist erfreut darüber, dass in den letzten drei Jahren schätzungsweise 2,6 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen wurden, weist jedoch darauf hin, dass die Arbeitslosigkeit insbesondere in einigen der größeren Mitgliedsstaaten weiterhin unannehmbar hoch ist;
11. unterstützt den Vorschlag der Kommission über die Einsetzung einer hochrangigen Task Force, die die grenzüberschreitende Mobilität prüft; die Mitgliedschaft in dieser Task Force sollte weit gefächert sein, damit sie zweckmäßige Methoden zum Abbau der Haupthemmnisse für die Mobilität vorschlagen kann, die vom Parlament und der Kommission bereits aufgewiesen wurden;
12. anerkennt, dass eine Verbesserung der Beschäftigungsqualität insbesondere dazu beitragen wird, Frauen und Personen, die sich dem Ende ihres normalen Arbeitslebens nähern, auf dem Arbeitsmarkt zu halten und dadurch das Wirtschaftswachstum weiter anzukurbeln;
13. fordert den Europäischen Rat auf, bei der Prüfung der Auswirkungen der demographischen Trends unter anderem auf die Renten der Mitgliedstaaten, die sozialen Sicherheits- und Bildungssysteme klar zum Ausdruck zu bringen, dass das Altern der

Bevölkerung ein positiver auf eine bessere Gesundheitsbetreuung zurückzuführender Aspekt ist; die Vorteile dieses Wandels überwiegen bei weitem die Nachteile;

14. betont, dass eine innovative und wissenbasierte Wirtschaft auf der Grundlage von Chancengleichheit und der Möglichkeit des Einzelnen, sein Leben nach seinen eigenen Vorstellungen zu gestalten, eine wesentlich flexiblere Organisation des Arbeitsmarktes voraussetzt;

#### INNOVATION UND FORTBILDUNG

15. bedauert wie die Kommission die schleppenden Fortschritte in Bereichen wie dem Gemeinschaftspatent und dem lebensbegleitenden Lernen; fordert ferner den Europäischen Rat auf, die ins Stocken geratene zweite Entwicklungsphase von Galileo (Europäisches Satellitennavigationssystem) wieder in Gang zu bringen und sich mit der Frage der staatlichen Hilfen zu Förderung von Wagniskapital zu beschäftigen;
16. ist ebenfalls der Ansicht, dass im Bereich der Informationstechnologie alle Elemente des Telekommunikationspakets einschließlich des Aktionsplans eEuropa in diesem Jahr angenommen werden müssen; fordert Fortschritte im Bereich der Biotechnologie, wobei der Europäische Rat erkennen muß, dass mit der Anwendung einiger dieser Technologien sittliche und ethische Frage verbunden sind, über die ein nichtständiger Ausschuß des Parlaments berichten wird;
17. bedauert, was die künftigen Ziele der Bildungssysteme anbelangt, dass es keine Gelegenheit hatte, sich zu den Berichten der Kommission und des Rates zu äußern; befürwortet die Stärkung der Bildungssysteme, indem sie besser auf den individuellen Bedarf zugeschnitten werden; hält es für wünschenswert, dass eine breite Palette öffentlicher und privater Einrichtungen vorhanden ist, die miteinander konkurrieren, damit der Zugang aller zu den Bildungs- und Fortbildungssystemen erleichtert wird;

#### ZUSAMMENHALT

18. fordert den Europäischen Rat auf, den bei der Modernisierung des europäischen Sozialmodells verlorengegangenen Schwung wieder herzustellen, und zwar derart, dass weniger zu öffentlich finanzierten kollektiven Lösungen bei der Verwirklichung des sozialen Zusammenhalts gegriffen wird;
19. betont hinsichtlich der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung und Armut, die weiterhin vorzüglich Sache der Mitgliedstaaten bleiben muß, dass die Gemeinschaftsprogramme zur Erleichterung der offenen Koordination nicht Bürokraten und bestimmten NRO zugute kommen dürfen, sondern zu besseren Politiken und Strukturen führen müssen, um die Schwierigkeiten junger Menschen und benachteiligter Personen wie der behinderten, der älteren Menschen und der legalen Einwanderer zu lindern;
20. fordert den Europäischen Rat auf, Bewertungen des derzeitigen Systems der Strukturfonds durch nationale und regionale Behörden in die Wege zu leiten, damit Beratungen mit dem Parlament und der Kommission über die Fundamente einer Zusammenhaltspolitik in einer erweiterten Union beginnen können;

## SCHLUSSFOLGERUNGEN

21. ist der Auffassung, dass der Europäische Rat von Stockholm und die folgenden Frühjahrstagungen des Europäischen Rates auf dem in Lissabon vorgezeichneten Weg weitergehen müssen und das Projekt auf die Bewerberländer ausdehnen müssen; diese Gelegenheiten sollten nicht in erster Linie benutzt werden, um nationale politische Agenden zu verfolgen, während das Projekt in einem bürokratischen, Daten erfassenden „Lissabonner Prozeß“ festfährt;
22. fordert den Europäischen Rat auf, dem Synthesedokument der Kommission wegweisend zu folgen, und eine besser strukturierte Arbeitsweise zur besseren Kooperation zwischen den Gemeinschaftsorganen, mit der dem Parlament gebührende Rolle, anzunehmen, um die Bedingungen für eine erfolgreiche Verwirklichung des strategischen Ziels zu schaffen;
23. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Europäischen Rat, der Kommission, dem Rat und den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten und der Bewerberstaaten zu übermitteln.